

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Buchdruckerei: Nachrichten Dresden
Büchsenheimer-Sammelnummer: 25241
Preis für Nachdruckpreise: Nr. 20011
Schriftleitung u. Hauptredakteur:
Dresden - K. L. Wittenstrasse 24/25

Wochenausgabe vom 20. Februar 1930 bei möglichst zweimaliger Abstellung bei Post 1.70 M.

Wochenausgabe für Monat Februar 2.40 M., einschl. 96 Pg. Postgebühr (ohne Postabteilung abgezähnt).
Singlesumme 10 Pg. Anzeigenpreise: Die Angebote werden nach Wohlstand berechnet; die einzige 80 mm breite Seite 25 Pg., für aufwärts 40 Pg. Familienanzeigen und Stellenanzeigen ohne Rabatt 15 Pg., außerhalb 25 Pg., die 90 mm breite Reklameseite 200 Pg., außerhalb 250 Pg.
Anzeigengebühr 50 Pg. Ausmärtige Aufsätze gegen Voranmeldung

Druck u. Verlag: Bleich & Reichardt,
Dresden, Postleitzahl 1068 Dresden
Rücksendung nur mit bestl. Quittenzugabe
(Dresden, Nachr.) zu förl. Unterlagen
Geschäftsführer werden nicht aufbewahrt

Hindenburg greift ein Abtrennung des Polenabkommens vom Youngplan

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 20. Febr. Wir berichteten bereits vor einigen Tagen, daß die deutsche Regierung sich praktisch bereits entschlossen habe, eine Abtrennung der Reichstagabhandlung des polnischen Liquidationsabkommens von den übrigen mit dem Youngplan im Zusammenhange stehenden Gesetzen vorzunehmen. Wie verlautet, will sich das Kabinett heute nachmittag abschließen mit dieser Frage beschäftigen. Offenbar hat es aber noch eines besonderen Drucks bedurft, ehe man sich dazu entschloß. Gestern ludte der Staatssekretär des Reichspräsidenten, Dr. Meinhauer, den Reichsaußenminister Dr. Curtius im Reichstag auf und hatte mit ihm eine längere Unterredung. Es ist anzunehmen, daß diese Unterredung nun den Beschluss der Reichsregierung, heute offiziell zu der Frage Stellung zu nehmen, nachdrücklich bestimmt hat.

Vertrauliche Beratung der Sanktionsklausel

Berlin, 20. Febr. Die Vereinigten Ausschüsse des Reichstages behandelten am Donnerstag bei der Weiterberatung des Youngplanes in vertraulicher Sitzung diejenigen Klauseln, die lästige Einkünfte unmöglich machen sollen.

Der gestrige Zusammensetzung zwischen dem Reichsminister Dr. Wirth und dem Abgeordneten von Freytag-Boringhoven war, wie sich jetzt herausstellt, auf einen Bericht zurückzuführen, den die "Deutsche Zeitung" über die vertrauliche Sitzung vom Montag veröffentlicht hatte. Der Bericht kamte von einem Redakteur, der durch eine verdeckt offene Tür die Journalistentribüne des Reichstags betreten und auf diese Weise der Sitzung des Ausschusses beigewohnt hatte. Dr. Wirth war jedoch der Aussicht gewesen, daß dieser Bericht von einem Mitglied des Ausschusses verfaßt worden sei und hatte den Abgeordneten Freytag-Boringhoven im Verdacht. Der ganze Vorgang, dessen Ausführung beträchtliches Aufsehen im Reichstage hervorrief, nachdem bereits ein Teil der Morgenpresse von dem "Mann unter der Bank" — allerdings unrichtigerweise — berichtet hatte, war heute eingangs Gegenstand der Beratungen

der gemeinsamen Sitzung des Auswärtigen und des Haushaltsausschusses.

Vor Eintritt in die Tagesordnung

erklärte Abg. Scheidemann (Soz.), daß die "Deutsche Zeitung" vom 18. Februar dieses Jahres einen Artikel gebracht habe unter der Überschrift „Ein Skandal ohne Ende“, worin sie die Auschußverhandlungen über den Youngplan und eine Verliererstatistik darüber als eine „Führung“ und einen historischen Skandal bezeichnete. — Die Annahme, daß der Artikel auf Grund von Indiskretionen eines Auschußmitgliedes ausgetragen sei, hat sich erfreulicherweise nicht als richtig herausgestellt. Vielmehr scheint sich der Vorgang so abgespielt zu haben, daß sich der Vertreter der "Deutschen Zeitung" auf die Journalistentribüne eingeschlichen hat, deren Tür durch ein Versehen des Reinigungspersonals des Reichstags kurze Zeit unverschlossen geblieben war. Der Artikel gibt die Verhandlungen zum Teil ganz falsch, zum Teil entstellt wieder. Er ist geeignet, daß deutsche Interesse auf das aller schwerste zu gefährden. Ich hoffe, daß Reichspräsident Löwe energisch durchgreifen und dem betreffenden Journalisten die Reichstagskarte entziehen wird.

Abg. Graf v. Westarp (D.R.) erklärte:

Das Verhalten des Vertreters der "Deutschen Zeitung" ist ungünstig, wenn es richtig dargestellt ist, selbstverständlich nicht. Es ist aber Sache des Hauses, sich gegen solche journalistische Bindigkeit und Betriebsamkeit selbst zu schützen.

Abg. Koch-Weser (Dem.): Das Verhalten des betreffenden Journalisten ist keine Bindigkeit, sondern ein unerhörter Skandal. Er hat sich des Handfriedensbruchs schuldig gemacht und sollte deswegen zur Anzeige gebracht werden.

Nunmehr wurde die zurstehende Abstimmung über den § 21 des Reichsbankgesetzes (Lombardfähigkeits von Schulverschreibungen) vorgenommen. § 21 wurde gegen 16 Stimmen angenommen.

Jubiläumsfeier für den ungarischen Reichsverwalter. In feierlicher Sitzung erledigte heute das Abgeordnetenhaus den Gesetzentwurf über das zehnjährige Jubiläum des Reichsverwalters Nikolaus v. Horthy. Der Entwurf sieht vor, daß der Name Horthy durch Verknüpfung mit einer Reihe öffentlicher Bauten und Einrichtungen verewigt werde.

Chautemps mit der Kabinettsbildung betraut „In Erwartung des Misserfolges“

Drahtbericht unseres Pariser Korrespondenten

Paris, 20. Febr. Der Fraktionsvorsitzende der Radikalen, Chautemps, sprach heute vormittag um 9.45 Uhr im Elisee vor und erklärte sich nach einer Unterredung mit dem Präsidenten bereit, den Auftrag zur Kabinettsbildung vorbehalt einer endgültigen Antwort heute abend anzunehmen.

Chautemps hat Tardieu um seine Mitarbeit gebeten, damit dieser die Leitung der französischen Delegation auf der Londoner Flottenkonferenz behält. Tardieu hat sich seine Antwort bis heute nachmittag vorbehalten.

Als Chautemps nach seiner Unterredung mit Doumergue um 10.40 Uhr das Elisee verließ, erklärte er Pressevertretern gegenüber, er werde sofort seine Beziehungen aufnehmen und versuchen, die Einigung der Republikaner auf ein

demokratisches und nationales Regierungsprogramm zu verwirklichen. Im Verlaufe des Abends werde er ins Elisee zurückkehren, um dem Präsidenten der Republik seine endgültige Antwort zu geben. Er habe den festen Willen, die ihm angebotene Aufgabe durchzuführen, und er werde heute vormittag dem Kammer- und Senatspräsidenten die üblichen Besuche abstimmen.

Der Versuch einer Kabinettsbildung durch den Fraktionsvorsitzenden der Radikalen in der Kammer, Chautemps, wird fast allgemein

mit einer gewissen Resignation

erwartet. Auf der einen Seite, bei der Mehrzahl der bisher die Majorität bildenden Fraktionen herrscht in Erwartung des sicheren Misserfolges, den man voraus sieht, eine gewisse Schadenfreude, auf der anderen Seite, bei den Radikal-Sozialisten selbst, herrscht Unsicherheit.

Die radikalsozialistische Fraktion hat gestern abend unter Leitung des Parteivorsitzenden Dalaïer erklärt, daß sie die Bildung einer ausgesprochenen Opposition, von welcher die Vertreter der Rechtsparteien ausgeschlossen seien müßten, unterstützt. Chautemps fügt aber war bei dieser Fraktionssitzung abwesend. Wenn Chautemps ein Kabinett der Konzentration zusammenbringen will, so muß sich dieses außer auf seine eigene Partei — unter Auschluß der starken Fraktion Marin und der Demokraten reihen, ebenso wie der höchst unzuverlässigen Sozialisten

links — fast auf sämtliche kleinen Fraktionen der Kammer rühen, also auf alle Gruppen von der Gruppe Painlevé (Republikanische Sozialisten) bis zur Gruppe Maginot (Demokratische Fraktion), besonders aber auf die ganze radikal linke, d. h. die Gruppe Loucheur, und die Linkerepublikaner, d. h. die Fraktion Tardieu.

Wenn man sich das klar macht, so sieht man schon, wie gering die Aussichten für die Lebensfähigkeit eines Kabinetts Chautemps sind.

Der Sozialistenvorstand Blum erklärte, daß seine Partei alles tun werde, um ein Konzentrationskabinett zu verhindern, und daß Blatt des gemäßigten Flügels der Radikalen, dem Chautemps selbst angehört, die "Cré Nouvelle", warnt vor einer Kabinettssitzung mit der gefährlichen Unterstützung der Sozialisten. Herrriot hat die Teilnahme an jeder Art von Kabinettssitzung, wie man hört, abgelehnt, ebenso Tardieu, der sich stark genug fühlt, die Stunde seiner Riederei abzuwarten, die vielleicht sehr bald kommen dürfte.

Vor einer Regierungskrise in Memel Große Erregung über die kündigen Reichsdeutsche des litauischen Gouvernements

Memel, 20. Febr. Die Ausweisung der reichsdeutschen Lehre aus dem Memelgebiet hat zu einer krisenhaften Auseinandersetzung der Partei in Memel geführt. Wie zuverlässig verlautet, sind die Mehrheitsparteien des Memelländischen Landtags entschlossen, dem Präsidenten des Landesdirektoriums, Kadegahn, wegen seiner Haltung in der Ausweisungsfrage das Misstrauen auszusprechen. Dem Präsidenten wird zum Vorwurf gemacht, daß er den Befehlungen des litauischen Gouverneurs bezüglich der

Lehre ansetzt, entgegen dem Memelstatut und gegen den Willen der Landtagsmehrheit nachgegeben und den Lehrern die Kündigung angedroht hat, ohne sich vorher mit den Mitgliedern des Direktoriums ins Benehmen zu setzen. Selbst in litauisch eingekreisten Kreisen des Memelgebietes ist man der Auffassung, daß diese herausfordernde Politik nicht weiter fortgeführt werden kann, und daß es das Beste wäre, wenn der Gouverneur schnellstens abberufen würde. Auch ist man in der memelländischen Öffentlichkeit sehr verunsichert darüber, daß höher weder Deutschland noch eine andere Ratsmacht Veranlassung genommen hat, den Volksaufstand auf die fortgesetzten Rechtsbrüche im Memelgebiet hinzuwirken.

Die Besprechungen über die Arbeitslosenversicherung beendet

Berlin, 20. Febr. Die Sozialpolitiker der Regierungsparteien hatten am Donnerstagvormittag eine volle zwei Stunden dauernde Besprechung mit Reichsfinanzminister Dr. Moltenhauer und Reichsarbeitsminister Wissell über die Deckungsvorschläge für die Sanierung der Arbeitslosenversicherung. Damit sind alle Vorbereichungen für die Aufstellung des Reichshaushaltplanes 1930 und der dazugehörigen Deckungsvorlagen erledigt. Das Reichskabinett dürfte heute den Etat fertigstellen. Die nächsten Tage sind dann der Ausarbeitung der Deckungsvorlagen im Kabinett gewidmet. Es ist damit zu rechnen, daß das Kabinett den Etat und die Deckungsvorschläge in den ersten Tagen der nächsten Woche den Parteien unterbreiten kann.

Die Trauerfeier für Dr. Köster

Berlin, 20. Febr. Die Trauerfeier für den verstorbenen Befand Dr. Köster fand heute 12 Uhr in Belgrad statt. Am Ihr nahm das diplomatische Korps und die Vertreter der Regierung und der Stadt Belgrad teil. Nach der Trauerfeier wurde der Sarg zum Bahnhof gebracht, wo ein Zug für die Überführung zur Verfügung steht, der auch einen Wagen für die Angehörigen enthält. Am Freitag um 15 Uhr nachmittags trifft der Zug auf dem Anhalter Bahnhof in Berlin ein. Er wird dann sofort weitergeleitet nach Hamburg, wo am Sonnabendmittag um 11 Uhr die Beileidung auf dem Blankeneser Friedhof stattfinden wird.

Der Reichspräsident hat an die Witwe Dr. Kösters ein Beileidstelegramm gerichtet, in dem er seine herzliche Anteilnahme ausdrückt. Weiter hat König Alexander von Jugoslawien dem Reichspräsidenten zum Ableben des deutschen Befand Dr. Köster telegraphisch sein Beileid ausgesprochen, und der jugoslawische Befand in Berlin hat im Auswärtigen Amt einen Beileidsbesuch gemacht.

Der Generalkonsul in Tiflis †. Das deutsche Auswärtige Amt hat wieder einen Verlust zu beklagen. Heute ist an den Folgen einer Operation in der Berliner Charité der deutsche Generalkonsul in Tiflis, Dr. Bendorf, verstorben.

Die Leiche Gielsons aufgefunden

New York, 20. Februar. Die Leiche des Fliegers Carl Gielson, der im November dem Schiffe "Manu" mit einem Mechaniker zu Hilfe geriet und seitdem verschollen war, wurde unter den Trümmern seines Flugzeuges aufgefunden. Offenbar wurden die beiden Flieger beim Absturz ihres Apparates auf der Stelle getötet.

Von einem Unbekannten ermordet

Dresdenburg, 20. Februar. Der Direktor der Kohlengrube Niederstedt, Kramer, wurde am Mittwochabend gegen 8 Uhr, als er aus seinem Hause trat, im Garten von einem Unbekannten in der Dunkelheit erschossen. Es war bereits vor einiger Zeit auf den Direktor ein ähnliches Attentat verübt worden. Man vermutet einen Nachfall.

Wachsende Verschuldung der Landwirtschaft

Berlin, 20. Febr. Im Preußischen Landtag äußerte sich am Donnerstag anlässlich der Beratung des Landwirtschaftsministers Dr. Steiger über die Verschuldung der deutschen Landwirtschaft, die von 670 Millionen im Jahre 1928 auf 725 Millionen Reichsmark im Jahre 1929 gestiegen sei. Der Anseingang bei den Realcreditinstituten habe sich nicht nur verschlechtert, sondern auf einigen Gebieten sogar merklich verbessert. Lediglich sei ein vollkommener Verzicht auf ausländische Arbeiter noch nicht möglich. Bei der Wirtschaftsberatung verdient das Verschwenden wesen besondere Beachtung. Die Meliorations-tätigkeit habe im vergangenen Jahre eine wesentliche Steigerung erfahren. Im Westen sei die Weinbergserneuerung in Angriff genommen worden. Was die Siedlung im Osten angehe, so sei er nach wie vor der Ansicht, daß der bauliche Besitz gestärkt werden müsse.

Italienisch-albanische Währungseinheit

Paris, 20. Febr. Nach einer Meldung der serbischen Zeitung "Politika" aus Belgrad ist die längst angestrebte italienisch-albanische Währungseinheit jetzt zur Tat gesetzt worden. Nach dieser serbischen Darstellung war die albanische Regierung ganz einfach durch die Umstände gezwungen, die Währungseinheit mit Italien anzunehmen, weil in den Kassen des albanischen Staates kein Geld mehr sei, Albanien also keine Verpflichtungen, besonders auch im Ausland, nicht mehr einzahlen könne. Die noch in Albanien im Umlauf befindlichen Gold- und Silberstücke werden offiziell gegen italienische Banknoten umgetauscht und damit die italienische Währung in Albanien endgültig eingeführt.

Pestausbruch in Südaltrika. Wie aus Johannesburg gemeldet wird, ist in Südaltrika die Pest ausgebrochen. Bis jetzt sind etwa 100 Fälle, von denen lediglich 15 überleben, zu verzeichnen.